

Rede von Bundeskanzler Werner Faymann zum ersten Jahrestag der Bundesregierung am 2.12.2009

Ungefähr alle sieben Minuten kommt in Österreich ein Kind zur Welt. Das heißt, in den vergangenen zwölf Monaten sind 75.000 Kinder in unserem Land geboren worden. Wir alle sind dafür verantwortlich, wie diese Kinder groß werden. In einem Land, in dem entweder Respekt und Menschenwürde etwas zählen oder die Gier und der schnelle finanzielle Profit. In einem Land, in dem trotz aller Meinungsunterschiede die Gemeinsamkeiten stärker sind als das Trennende. In einem Land, in dem sich alle auf andere verlassen können und auf Solidarität bauen oder nur auf die eigenen Ellenbogen gegeneinander. In einem Land, in dem weniger das Gegeneinander und mehr das Miteinander herrscht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie in der Hofburg, allen voran unseren Herrn Bundespräsidenten.

Es ist mir eine große Ehre, Eure Eminenz, den Herrn Kardinal zu begrüßen.

Gerade in diesen Tagen ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir in Österreich zwischen den Religionsgemeinschaften ein sehr gutes Verhältnis haben. Ich habe in diesen zwölf Monaten in mehreren Gesprächen, Besprechungen, Terminen und Treffen gesehen, mit wie viel gegenseitiger Anerkennung und Respekt zwischen den Vertretern der Religionsgemeinschaften umgegangen wird, wie etwas vorbereitet und ausdiskutiert wird. Ich bin stolz, in einem Land zu leben, in dem mit so viel Respekt miteinander umgegangen wird und ich möchte die Vertreter der Religionsgemeinschaften herzlich willkommen heißen.

Ebenfalls herzlich begrüßen möchte ich die Frau Präsidentin des Nationalrates.

Nun verzeihen Sie mir, wenn ich nicht alle Mitglieder der Bundesregierung einzeln begrüße. Ich bin aber sehr stolz darauf, dass nahezu alle Mitglieder der Bundesregierung anwesend sind. Wenn ich heute Bilanz legen darf, dann ist das nicht die Bilanz eines Einzelnen - auch wenn man als Bundeskanzler eine besondere Verantwortung hat - der Erfolg unserer Arbeit ist immer der Erfolg einer Teamarbeit. Daher möchte ich mich nach diesen zwölf Monaten auch ausdrücklich bei allen Mitgliedern der Bundesregierung herzlich bedanken und sie jetzt herzlich willkommen heißen.

Ich möchte nun die Mitglieder und Vertreter des Diplomatischen Corps, die Vertreter der Länder, die verehrten Landeshauptleute, die Abgeordneten aller Parteien des Parlaments, die heute zu uns gekommen sind, Professoren, Vertreter der Wirtschaft, Schülerinnen und Schüler, Vertreter der Medien, hochverehrte Gäste: Ich möchte Sie auf das Herzlichste willkommen heißen.

Als vor einem Jahr die Frage gestellt wurde, wie eine Regierung gebildet werden soll und wie die wichtigsten Aufgaben für das Land in einem Regierungsprogramm festgelegt werden soll, dann habe ich – das wissen Sie – immer die Meinung vertreten: Genug gestritten. Oder man könnte auch sagen: Weniger streiten und mehr erreichen. Manche sagen, es kann schon auch gestritten werden und auch ich

bin jemand, der gar nichts dagegen hat, wenn Meinungen geäußert werden, die unterschiedlich sind und dann im Ringen um die beste Meinung durchaus auch kontroversiell miteinander diskutiert werden. Es war aber meine Aufgabe, sehr rasch eine gemeinsame Bundesregierung zu bilden.

Erst einige Monate später haben wir gesehen, wie wichtig diese rasche Bildung einer Bundesregierung, die Bildung einer großen Koalition für unser Land war. Es ist eine Wirtschaftskrise aus den USA kommend über uns hereingebrochen, die sich in Österreich niemand ausgesucht hat. Da war es wichtig, dass wir gut aufgestellt waren, um gegenzuhalten, um das zu verteidigen, was in unserem Land so viel Wert hat: Den sozialen Zusammenhalt, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, den wirtschaftlichen Erfolg und die Verteilung dieses Erfolges. Es war also – und davon bin ich überzeugt – richtig, diese Bundesregierung sehr rasch zu bilden und das Regierungsprogramm „Gemeinsam für Österreich“ zu nennen. Man könnte es erweitern auf: „Gemeinsam mit Österreich“, denn alle Initiativen, die dazu führen, dass wir Rede und Antwort stehen, dass Bürger nie das Gefühl haben, dass wir uns irgendwo abgehoben etwas überlegen, sondern gemeinsam die Sorgen, die Nöte, die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnehmen. Also gemeinsam für und gemeinsam mit Österreich.

Die wahre Stärke unseres Landes wird sich immer daran messen, wie gut es den Schwachen geht. Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind viele Menschen europaweit besonders gefährdet, etwa von Armut. Menschen, die der Mittelschicht angehören sind in Gefahr, abzustiegen. Umso wichtiger war es, dass wir rasch und entschlossen Maßnahmen gesetzt haben. Teile haben wir vorher versprochen, einige mussten wir zusätzlich in Angriff nehmen, um der Wirtschaftskrise etwas entgegenzusetzen. Wenn man sagt: „Weniger streiten, mehr erreichen“ dann gilt für mich auch „Weniger versprechen, mehr halten“.

Das gilt für die Senkung der Steuern um drei Milliarden Euro, eine Tarifreform, von der noch vor einem Jahr nicht klar war, ob wir sie gemeinsam in die Tat umsetzen würden. Mittlerweile ist das erfolgt.

Wir haben viel über die Zukunft der Gesundheitsversorgung diskutiert, und wir sind hier noch lange nicht am Ende des Werkes. Wir haben aber 700 Millionen Euro zusätzlich für die Sanierung der Krankenkassen, der Sozialversicherungsträger aufgewendet und sie aber gleichzeitig auch auf Einsparungen in der Größenordnung von 1,8 Milliarden verpflichtet.

Wir können viele Punkte vorweisen, die Sie kennen und die man in Erinnerung rufen soll. Dabei geht es um die Förderung von Familien und von Kindern, aber auch etwa um die Verstärkung der Ausbildungsplätze bei der Polizei.

So könnten wir Maßnahme an Maßnahme reihen, die Konjunktur- und Bankenpakete und vieles mehr, auf das ich noch zu sprechen kommen werde.

Aber wie viel das wert ist, lässt sich am besten im Vergleich zeigen. Ich möchte einen einzigen Punkt herausgreifen, der mich immer sehr betroffen macht: die Jugendarbeitslosigkeit. In ganz Europa sind derzeit 5,3 Millionen Jugendliche arbeitslos. 20 EU-Länder von 27 haben eine Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent. Einige dieser Länder haben eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 Prozent und

mehr – wie zum Beispiel Spanien mit 41,7 Prozent oder Vororte von Paris, Teile Italiens. Gebiete quer durch Europa, in denen junge Menschen keine Arbeit finden. Was noch dramatischer ist, weil es um die Zukunft dieser Menschen und damit auch unserer Gesellschaft geht, dass 1,2 Millionen Jugendliche Langzeitarbeitslose sind und nicht wissen, wann sie eine Arbeit bekommen werden. Langzeitarbeitslos zu sein heißt, mehr als 12 Monate, oder, wie viele von ihnen, auch zwei oder drei Jahre arbeitslos zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen sagen, dass wir zu den ganz wenigen Ländern in Europa gehören, die bei der Jugendarbeitslosigkeit einstellig sind. Wir haben die zweitgeringste Arbeitslosigkeit. Wir haben die zweitgeringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das ist das beste Zeugnis, das wir nach einem Jahr ausstellen können, denn wer Arbeitslosigkeit bekämpft, schafft Zukunft für diese Menschen. Das ist durch diese vielen Maßnahmen im letzten Jahr sehr gut gelungen.

Nun weiß ich, dass in der öffentlichen Diskussion manche sagen: Wozu benötigt man denn eigentlich diese Pakete, die wir für die Banken geschaffen haben, mit Partizipationskapital, mit Haftungen. Sind euch denn die Banken wichtiger als andere? Nein. Gerade die Absicherung unsere Banken und Finanzmärkte war wesentlich dafür, dass in Österreich niemals – kein Einziger – Angst haben musste, seine Sparguthaben zu verlieren. Es brauchte niemand Sorge um sein Sparbuch haben. So schwer es auch für Unternehmer in unserem Land zurzeit ist, zu guten Konditionen oder auch langfristig Kredite zu bekommen. Der Grund, warum wir den Finanzmarkt europaweit abgesichert haben, ist, um die Aufträge, die in den Auftragsbüchern vorhanden sind, im Interesse der Beschäftigung, der Unternehmungen, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes abzusichern. Daher bin ich davon überzeugt, dass wir mit all diesen Maßnahmen richtig, entschlossen und rasch begonnen haben.

Es wäre ein Leichtes, Menschen in Zeiten der Wirtschaftskrise gegeneinander aufzuwiegeln. Jung gegen Alt, Unternehmer gegen Arbeitnehmer, Arm gegen Reich. Aber was würde uns das bringen? Es würde uns keinen einzigen Schritt weiter bringen. Es geht darum, dass wir jene Unternehmen stärken, die auch in der Vergangenheit realwirtschaftlich tätig waren. Und dass wir jene Klein- und Mittelbetriebe, innovative Industriebetriebe des Landes, die selbst Opfer von Finanzhaien geworden sind, in diesen schwierigen Zeiten stärken. Dass wir jene Unternehmer, Arbeitnehmer, Bauern, die nicht in das Kasino der Finanzmärkte gegangen sind, bei ihrer Arbeit unterstützen. Denn es wird letztendlich auch über unseren Erfolg entscheiden.

Das verlangt aber auch, dass wir immer wieder die Frage der Lastenverteilung ansprechen. Gerechte Steuern, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten sollen, die Stärkung der Realwirtschaft, Abwehr von Spekulation, Belastung von Vermögenszuwachsen dort, wo das möglich ist. In manchen Bereichen auch, um Finanzjongleuren einfach das Handwerk zu legen. Auch das ist eine Verpflichtung, wenn wir die Realwirtschaft stärken wollen, dass wir diesen Aspekt der Gerechtigkeit nie aus den Augen verlieren.

Denn wer sich am Gemeinsamen vergreift – und nichts anderes tun FinanzspekulantInnen – findet in mir, in uns, seinen unerbittlichen Gegner. Wir haben daher auch Maßnahmen, die dieser Gerechtigkeit entgegen kommen, vorbereitet.

Europaweit wird – und Österreich hat diesen Vorschlag eingebracht und stark unterstützt – über die Einführung einer Transaktionssteuer diskutiert. Damit sollen mit der Logik des Marktes all jene besteuert werden, die mehr am Finanzmarktsektor als in der Realwirtschaft oder bei der Erbringung von Dienstleistungen tätig sind. Soll also auch genau das Genannte auch die Fehlleistung der Vergangenheit berücksichtigen, indem man Konsequenzen zieht. Fehler beseitigt man am besten dadurch, indem man sie nicht wiederholt.

Wenn also diese Gerechtigkeit, nach der so viele Menschen europaweit rufen und nach der auch in Österreich immer wieder gefragt wird: Wer wird denn die Bewältigung der Krise zu bezahlen haben? Wie wird es denn in Zukunft in unserem Land zugehen, wenn Schäden zu bezahlen sind, wenn die Wirtschaft wieder in Schwung kommt? Ich glaube, dass die genannte Transaktionssteuer wie auch der immer wieder diskutierte Wegfall der Spekulationsfrist bei Aktien rund eine Milliarde, die wir für andere, wesentliche Anliegen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, in die Staatskasse einbringen kann. Zu diesen Anliegen haben wir uns gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verpflichtet.

Aber ich möchte auch ein Thema, das immer in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt und das auch mit Gerechtigkeit zu tun hat, ansprechen. Das hat auch damit zu tun, wenn Menschen fragen, ob wir aus der Krise gelernt haben oder ob einfach alles neu aufgebaut wird und die gleichen Vorfälle erneut vorkommen können.

Aber eines lässt sich feststellen: Einen zweiten Zusammenbruch dieser Art könnte Europa sich nicht leisten, wenn es auf soziale Sicherheit, auf sozialen Ausgleich und auf Wohlstand Wert legt. Daher müssen wir durch Maßnahmen aller Art, die wir zur Verfügung haben, alles unternehmen, um aus dieser Krise die Konsequenzen zu ziehen und in Zukunft eine vergleichbare zu verhindern.

Und da möchte ich auch den Bereich der Manager ansprechen. Ich weiß, dass es viele Managerinnen und Manager gibt, die großen Anteil daran haben, die Unternehmen wieder aufzubauen, und dass es viele Managerinnen und Manager in unserem Land gibt, die hart daran arbeiten, diese Realwirtschaft und diese Dienstleistungen zu stärken.

Ich möchte jedoch zwei Vorschläge in die Diskussion einbringen. Einer betrifft die aktuelle Regelung in Deutschland. Er betrifft verschiedene Offenlegungspflichten, um bei börsennotierten Betrieben zu zeigen, wie viel denn jemand verdient. Davon leitet sich ab, dass dieser Verdienst angemessen, aber nicht maßlos sein soll. Auch die Offenlegung von Bonuszahlungen, denn eine solche soll ja etwas Nachhaltiges belohnen. Etwas, das nachhaltigen Wert in einem Land hat und nicht den schnellen Gewinn, der manchmal auch zustande kommen kann, wenn man rasch ein paar Leute hinausschmeißt und dann eine gute Bilanzpressekonferenz gibt.

Also gibt es hier eine Reihe von Vorschlägen, die die Transparenz, die aber auch die Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Ich will aber über die deutsche Regelung hinausgehend einen Punkt ansprechen, den ich so zusammen fassen würde: Die

Allgemeinheit soll bei den Super-Gagen nicht mehr mitzahlen. Deshalb, weil Spitzengehälter über 500.000 Euro pro Jahr aus dem versteuerten Gewinn bezahlt werden sollen. Und nicht einfach abgesetzt. Ich glaube, dass diese Punkte, die die Konsequenzen aus der Krise darstellen, in allen Bereichen die Messlatte für die Menschen sind, ob sie uns Vertrauen entgegenbringen und ob sie meinen, dass wir auch die richtigen Antworten für die Zukunft bringen.

Wir haben, wie ich schon gesagt habe, die zweitniedrigste Arbeitslosenrate in Europa. Wir haben den niedrigsten Anstieg und die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Aber wir haben gar keinen Grund, uns auszuruhen. In diesem Zusammenspiel von Staat und privaten Betrieben liegt, wie ich meine, der richtige Weg. Es haben nicht diejenigen recht behalten, die nur auf das eine oder gegen das andere setzen. Es hat sich aber auch in der Krise gezeigt, dass ein gutes Verschränken, eine gute Zusammenarbeit von Staat und staatlichen Möglichkeiten, in Kombination mit Initiative, Engagement und Energie der privaten Unternehmen viel verhindern und viel neu schaffen kann. Etwa 56.000 Menschen haben in Österreich einen Arbeitsplatz durch die Kurzarbeit gesichert bekommen. Wir wissen, dass die Kurzarbeit keine Dauerlösung darstellt. Die Kurzarbeit aber verhindert, noch dazu in Kombination mit Qualifikation und Ausbildung, dass Menschen jetzt arbeitslos werden, die mit Sicherheit wieder gebraucht werden, wenn das Wachstum in unserem Land wieder ansteigt.

Dieses und viele andere Beispiele zeigen, dass nur in dieser Zusammenarbeit der richtige Weg für die Zukunft liegt. Oder wie Jean-Claude Juncker einmal scherzhaft gesagt hat: Es ist schön zu wissen, dass Regierungen wieder gebraucht werden. Europaweit stellt sich dieselbe Frage. Ja, diese Europäische Union hat etwas bewiesen. Sie kann nicht nur, wie sie in den letzten Jahren bewiesen hat, als das größte Friedensprojekt unserer Geschichte bezeichnet werden kann, nein, sie hat auch in dieser Krise gegen gehalten. Nicht einfach nachgegeben und nichts getan, sondern Konjunkturpakete auf der einen Seite organisiert und koordiniert. Auf der anderen Seite Finanzmärkte gesichert. Das war für uns, die wir 60 Prozent aller bei uns produzierten Güter exportieren, besonders wichtig.

Aber es war für ganz Europa wichtig, dass die europäische Union diese Finanzmärkte abgesichert hat. Denken Sie nur ein Jahr zurück, welche Prognosen und welche schauerhaften und grauenvollen Szenarien damals in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Dass diese allesamt nicht eingetreten sind, ist nicht nur, weil diese sowieso immer falsch sind. Manches Mal könnte man glauben, dass die Vorhersagen gar nicht lange halten. Aber sie halten auch deshalb – diese Schreckensszenarien vom Zusammenbruch der Wirtschaft in Europa –, weil dagegen etwas unternommen wurde. Das hat die Europäische Union und das haben alle Verantwortlichen sehr deutlich bewiesen. Wir waren eine gute Feuerwehr für Europa.

Wenn man sich mit dem Thema Feuerwehr beschäftigt – und das weiß jeder, bei den vielen Freiwilligen Feuerwehren, die es bei uns im Land gibt, entweder ist man dabei oder man kennt jemanden, der dabei ist – dann weiß man, dass man sich auch mit dem Brandschutz auseinandersetzen muss. Wirklich entscheidend ist, ob die Europäische Union auch stark genug ist, den Brandschutz – also die Verhinderung all dieser Katastrophen rechtzeitig durch Maßnahmen zu gewährleisten. Dazu haben wir allen Grund.

In Europa gibt es noch immer eine starke Schieflage. Zwischen jenen, die viele Sozialleistungen, Sicherheit und Wohlstand kennen, und anderen, die über sehr kleine Einkommen verfügen. In keinem Land ist es so, dass alles in bester Ordnung ist.

Ich hatte in Berlin Gelegenheit, ein paar Worte mit Hillary Clinton zu sprechen. Sie hat gesagt, sie würde einmal gerne einige Tage nach Österreich zum Ausruhen kommen, weil es das Land sei, in dem es praktisch keine Probleme gibt. Nun, wir wissen es genauer und kennen die Zahlen. Jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Jeder Missstand in unserem Land ist einer zuviel.

Aber wenn ich kurz die Situation der Europäischen Union und der Mitgliedsländer betrachte, und sehe, dass die Menschen jetzt so stark nach Gerechtigkeit, nach Maßnahmen, nach Konsequenzen rufen, dann lassen Sie mich dies anhand von einigen Zahlen dokumentieren. 20 Millionen Frauen über 65 Jahre verfügen über keine Pension, von der sie leben können. Nachbarländer, etwa unsere Freunde aus Ungarn, haben eine durchschnittliche Pension von 300 Euro und eine Mindestpension von 100 Euro und mussten aufgrund der budgetären Situation Kürzungen vornehmen.

Lohndumping, prekäre Arbeitsverhältnisse, Menschen, die zwei oder drei Jobs benötigen und nicht einmal davon gescheit leben können. Das ist unwürdig. Das wollen wir nicht. Wir sind für eine Europäische Union, die den Reichtum so definiert, wie gut es den Menschen geht. Daher bin ich für eine soziale Europäische Union, zusätzlich zu dieser stark gewordenen Friedensunion, zusätzlich zu dieser starken Union der Krisenbekämpfung.

Wir wissen, dass viele dieser Maßnahmen nicht gesetzt werden können, wenn es nicht auch global oder international Maßnahmen gibt. International ist alles regelbar, europaweit ist vieles regelbar, national ist einiges regelbar. Man soll also auch nicht vorspielen, dass wir national wie auf einer Insel alles selbst in die Hand nehmen können, wenn es um die Verhinderung von Klimakatastrophen, wenn es um die Verhinderung von Spekulation und Missbrauch geht. Wenn es um die Schaffung von zusätzlicher Beschäftigung geht. Je stärker wir international organisiert sind, auch als Österreich immer stärker auftreten, je stärker wir uns in Europa mit all diesen Vorschlägen durchsetzen, umso mehr Möglichkeiten haben wir auch im eigenen Land zur Verfügung. Das soll aber keine Ausrede sein, im eigenen Land nicht auch für Nachhaltigkeit zu sorgen. Von den genannten Bonuszahlungen, zu Regelungen des Finanzmarktes in unserem Land bis hin zum Wegfall Spekulationsfristen .

Also wir können einiges regeln, aber wir dürfen nie das Gesamte, das wesentlich ist, aus dem Auge verlieren. Das gilt auch für andere Bereiche, etwa für die Kriminalität. Die Frau Innenministerin und alle, die verantwortlich sind, wissen, dass wir mit der zusätzlichen Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten etwas sehr Wichtiges in unserem Land vorbereiten. Wir wissen auch, dass die Bekämpfung der Kriminalität in Österreich eine der besonderen Bedürfnisse der Bevölkerung ist, weil auch manche Zahlen darauf hinweisen, dass wir Handlungsbedarf haben. Aber selbst bei der Kriminalität gilt, dass wir die Außengrenzen der Europäischen Union nur gemeinsam schützen können.

Selbst bei der Kriminalität gilt, dass Kriminalitätstourismus am besten natürlich europäisch und international zu bekämpfen ist. Denn es sind ja jene, die uns besonders Sorgen machen, die nicht seit vielen Jahren in unserem Land leben, arbeiten und Steuern zahlen. Krankenschwestern oder Bauarbeiter sind, die in vielen Bereichen der Dienstleistung arbeiten. Nein, es sind die Kriminalitätstouristen, die uns besondere Sorgen bereiten, die uns auch zu Maßnahmen veranlassen, die nur national, europäisch und international möglich sind. Es gibt in vielen Bereichen, die ein Land alleine nicht bewerkstelligen kann also etwa auch bei der Migration, die Notwendigkeit von Regelungen im eigenen Land. Und darüber hinaus europaweit und international.

Aber wenn ich das alles aufzähle und bekannt dafür bin, dass ich die Gemeinsamkeiten allem voranstelle, dann gibt es auch etwas, das wir offen aussprechen sollten, nämlich, wo ist das Ende der Gemeinsamkeit. Für mich ist das Ende der Gemeinsamkeit dort erreicht, wo Politik mit der Hetze gegen Minderheiten gemacht wird, gegen die so genannten Andersgläubigen. Das haben wir nicht notwendig in unserem Land!

Noch nie wurde in der Geschichte mit der Politik des Aufhetzens ein Problem gelöst. Niemals wird das unsere Handlungsanleitung sein. Nicht in Österreich, nicht in der Europäischen Union. Wir werden aber dort, wo Missstände vorhanden sind oder vorhanden sein könnten, sehr sensibel und hellhörig bleiben. Und ich möchte hier auch bewusst ein Thema ansprechen: Korruption und Missbrauch.

Korruption und Machtmissbrauch sind kein Kavaliersdelikt. Korruption und Machtmissbrauch misst sich nicht nur daran, dass wir hier international gut dastehen, vieles an Bekämpfung von Korruption vorweisen können. Nein, zu Korruption und Machtmissbrauch hat Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger schon richtig gesagt: „Trockenlegung von Sümpfen und sauren Wiesen“ sind immer eine aktuelle Aufgabe. Das verlangt die Stärkung der Justiz, das verlangt eine starke unabhängige Justiz, und das verlangt, dort wo wir selbst an Aufklärung interessiert sind, ein hohes Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten, hier einen klaren Trennstrich zwischen Vorverurteilung von Unschuldigen und hundertprozentiger Aufklärung, ja sogar den Scheinwerfer darauf auf Missstände zu richten.

Dieses hohe Verantwortungsbewusstsein aller ist notwendig dafür, genauso wie die Stärkung der Justiz, dass es niemals eine Selbstverständlichkeit wird, dass man sagt: Da kann man ja nichts dagegen machen.

Selbstverständlich sollen ganz andere Sachen in unserem Land sein. Selbstverständlich ist für mich der Wert der Leistung. Leistung muss sich lohnen, im Grunde eine Selbstverständlichkeit. Aber umso mehr müssen wir sagen, was wir unter Leistung verstehen. Und das ist eben für mich mehr als die Summe der wirtschaftlichen Leistung, das ist mehr als das Zusammenzählen von Geldleistung, von finanzieller, in Geld ausdrückbarer Leistung.

Natürlich steht es außer Zweifel, dass es erfolgreich ist, wenn jemand sein Unternehmen ausbaut und erweitert. Aber es ist auch eine Leistung, wenn eine Pflegerin oder ein Pfleger zehn oder mehr Seniorinnen oder Senioren pflegt. Es ist auch eine Leistung, wenn steile Wiesen in unserem Land von unseren Bergbauern gemäht werden. Es ist eine Leistung, wenn Frauen Beruf, Haushalt und alles unter

einen Hut bringen. Es ist eine Leistung, wenn jemand bei einer x-ten Absage eines Bewerbungsgespräches sich noch einmal zusammen nimmt und Kraft schöpft und einen neuen Anlauf unternimmt, ein Bewerbungsgespräch zu führen oder eine Bewerbung abzuschicken.

Ja, der Wert einer Leistung lässt sich eben nicht nur in Geld ausdrücken. Die Wertschätzung von uns allen dafür, ist so bedeutend. Weniger Neid und Missgunst, mehr Respekt und Anerkennung - auch für jene Menschen, die diese Leistung in unserem Wirtschaftssystem nicht so wie andere erbringen können. Etwa weil sie benachteiligt sind. Sie brauchen den Schutz der Solidargemeinschaft. Sie brauchen die Vorbereitung einer wichtigen Maßnahme, die wir im nächsten Jahr verwirklichen wollen: Sie brauchen die Mindestsicherung. Und diese Mindestsicherung ist nicht zu verwechseln mit einer sozialen Hängematte. Diese Mindestsicherung soll ein menschenwürdiges Leben absichern, ohne dass sie deshalb auf der anderen Seite die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktverwaltung, zu denen ich gleich kommen werde, konterkariert. Nein, wir brauchen beides.

Wir müssen den Missbrauch in einem Rechtsstaat bekämpfen. Das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen aber die Anerkennung von Leistung in unserem Staat über die Geldleistung hinaus definieren. Damit möchte ich auch schon für die Zukunft einige Themen ansprechen, Vorschläge machen, das eine oder andere zur Diskussion stellen.

Ich beginne bei der Beschäftigung. Wenn ich mir als Regierungschef wünsche, dieses Landes wieder zur Vollbeschäftigung zu führen, dann weiß ich, dass wir durch die Krise weiter entfernt sind, als wir schon waren. Dass das eine wichtige Aufgabe ist, den Menschen auch klar zu sagen, dass die Krise nächstes Jahr noch nicht vorbei ist. Vorbei ist die Krise nämlich nicht, wenn der ATX wieder steigt, wenn die Aktienkurse wieder in Schwung sind. Vorbei ist die Krise, wenn die Beschäftigung wieder zunimmt.

Und daher bereitet der Sozialminister in Zusammenarbeit mit anderen Regierungskollegen für das kommende Jahr ein drittes Arbeitsmarktqualifizierungspaket vor. Im Rahmen von 1,5 Milliarden Euro für die aktive Arbeitsmarktverwaltung, also: Nicht zuschauen, sondern aktiv zu sein, das bedeutet auch, ein zusätzliches Paket auf die Reihe zu bringen, von dem etwa 100.000 Menschen profitieren sollen. Welche Bereiche wird es umfassen? Es soll in jenen Bereichen Maßnahmen gestärkt und vervielfacht werden, von denen wir wissen, dass sie sich bewährt haben. Wenn der Sozialminister berichten kann, dass zwei Drittel von jenen, die in Schulungskursen sind, anschließend wieder Arbeit finden, dann ist das eine Auszeichnung für die Maßnahmen, die im Qualifizierungsbereich passieren.

10.000 gering qualifizierte Arbeitslose, also doppelt soviel wie heuer, sollen nächstes Jahr aus diesem Paket zu Fachkräften ausgebildet werden. 4.000 sollen im kommenden Jahr eine Ausbildung im Bereich der Pflege beginnen. Ein Bereich, auf den ich noch zu sprechen kommen werde. Nächstes Jahr wird der Qualifizierungsbonus massiv ausgeweitet und für Menschen, die über einen längeren Zeitraum Arbeit suchen, wird die Weiterbildung mit 200 Euro monatlich gefördert werden. Die Kurzarbeit wird flexibel und in Kombination mit der Weiterbildung nochmals gestärkt, sowie 5.000 Personen in gemeinnützigen gemeindenahen

Bereichen beschäftigt werden. Das ist doch um einiges konkreter als so manche Praktikantenjobs. Daher ist es mir auch lieber, für die Menschen reguläre Beschäftigungsverhältnisse vorzubereiten. Wenn wir aber wissen, dass ohne Wachstum von zwei Prozent die Beschäftigung nicht steigt, dann muss natürlich alle Anstrengung von Wachstum fördernden Maßnahmen international und europäisch, aber auch in Österreich passieren.

Dazu sind mehrere Themen, die eigentlich zusammen gehören, notwendig. Mein zweiter Punkt ist ein Zukunftsthema, bei dem einiger Stillstand der Vergangenheit aufzuholen ist. Ein Bereich, in dem es uns allen nicht schnell genug gehen kann, wo harte Bretter gebohrt werden müssen, weil es so viele unterschiedliche Interessen gibt.

Es ist das Bildungsthema. Bildung ist ein Schlüssel für die Chancen, gerade junger Menschen, der Zukunft und damit für die Chancen unseres Landes. Ich bin kein Utopist, kein bildungspolitischer Narr, der glaubt, er kann in einem Tag alles auf den Kopf stellen. Aber wir müssen einmal gemeinsam definieren, was wir denn wollen, und was davon realistisch ist. Und das möchte ich auch tun.

Die 75.000 Kinder, die ich erwähnt habe, die in den letzten zwölf Monaten geboren wurden, werden vielleicht noch nicht in die beste Schule der Welt in Österreich gehen können, aber sie sollen in eine deutlich bessere als heute gehen. Wir haben einen Punkt in diesen zwölf Monaten bereits erfüllt: Das ist die frühe Förderung. Das letzte Jahr der Kinderbetreuung, man könnte auch Vorschule dazu sagen, halbtags, gratis, Österreichweit verpflichtend, Fähigkeiten zu unterstützen, nicht nur sprachliche, aber auch, Fähigkeiten zu unterstützen. Und wenn Sie sich zurück erinnern, vor ein paar Jahren war das noch ein heiß umstrittenes Thema. Manche haben gesagt - "ist alles utopisch, was ihr da sagt" - heute ist es Realität.

Genauso sollten wir mit anderen, den nächsten großen Schritten in der Bildung vorbereiten, einander davon überzeugen, dass kleinkariertes, ideologisches Denken dabei nichts verloren hat.

Es geht nicht um Zwangstagsschulen, es geht nicht um Einheitsbrei, es geht nicht um Verunglimpfung von Bildungsstandards. Nein, es geht um Chancen für junge Menschen und deren Förderung. Wenn heute noch 80 Prozent von Akademikerkindern Höhere Schulen besuchen, aber nur 20 Prozent der Arbeiterkinder, dann zeigt das viel von dieser Chancenungleichheit. Es ist eben ein Unterschied, wie die Förderung im Elternhaus, wie die Chancen von Kindern, die bei uns aufwachsen, wahrgenommen werden können. Ja, es hat sich sogar wieder eine Art Schulgeld etabliert. Etwas, von dem wir geglaubt haben, dass es der grauen Vorzeit angehört, dass Eltern nun wieder eine Art Schulgeld in die Hand nehmen müssen, damit die Kinder überhaupt in die Schule gehen können. Die Rede ist von den Kosten für die Nachhilfe. Viele Eltern müssen hohe Kosten für die Nachhilfe bezahlen, weil der Erfolg anders nicht gewährleistet werden kann. Und einige davon können sich diese hohen Kosten gar nicht leisten. Wenn wir in einer Wissensgesellschaft wollen, dass alle Kinder unseres Landes dieselben Chancen haben sollen, dass wir in Zukunft auf niemanden verzichten können, dass wir für den Erfolg und die optimale Förderung auch den Ausgleich unterschiedlicher Chancen aller benötigen, dann müssen wir stärker in neue Modelle investieren.

Einerseits ist die gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen ein Meilenstein im Abbau von sozialen Barrieren in unserem Bildungssystem. Die Verdoppelung der Zahl scheint notwendig und die 10-Prozent-Grenze, die wir uns für Schulversuche vorgenommen haben, ist vom Bedarf her eigentlich schon überschritten. Ich kann mich auch hier erinnern, als Claudia Schmied oft gefragt wurde: „Naja, 10 Prozent Schulversuche der gemeinsamen Schule, wer wird das überhaupt brauchen?“ Es sind abseits von Parteipolitik über alle Grenzen hinweg, Bürgermeister, Lehrer, Schüler, Eltern die fragen: „Kann ich auch so ein Projekt einreichen?“ Und das darf doch wohl nicht an einer 10 Prozent-Grenze scheitern.

Viele Pädagogen melden sich zu Wort und sagen, wir brauchen mehr spielerische Elemente in der Schule, wir brauchen mehr fächerübergreifenden Unterricht, wir brauchen kleinere Gruppen, wir brauchen mehr an dem, was für junge Leute so wichtig ist, Neugierde zu wecken in der Schule. Wir brauchen mehr an Konfliktregelung, indem wir gemeinsame Freizeitangebote schaffen, indem wir Sport, Kultur und andere Bereiche in der Bildung fördern. Die Bildung eben nicht als reine Ausbildung verstehen, sondern als wegweisendes Thema in die Zukunft verstehen.

Dafür gibt es ein Modell, das von vielen Eltern gewünscht wird, wenn auch nicht von allen. Es geht nicht um den Zwang, es geht um das Angebot. Das sind ganztägige Schulformen. Diese ganztägigen Schulformen können auch den Nachhilfelehrer ersetzen. Diese ganztägigen Schulformen können natürlich viel stärker Rücksicht nehmen auf diese Vermischung im Kleingruppenunterricht, im fächerübergreifenden Unterricht, wenn man ihn spielerisch und motivierend haben möchte. Nun schätzen Sie mit mir, wie viele ganztägige Schulplätze werden in Österreich zur Stunde angeboten, für die, die es haben möchten? Es gibt 700.000 Schülerinnen und Schüler zwischen 6 und 14 und wir haben 4.000 Plätze. Es gibt daneben eine höhere Anzahl an Horten und anderen Möglichkeiten, die ich gar nicht kleinreden möchte. Aber 4.000 Plätze bei 700.000 Schülerinnen und Schülern in ganztägigen Schulformen, da muss man doch schon sagen: Ich weiß auch nicht, wie die Befragungen ausgehen werden, die gerade gemacht wird, aber ein Ergebnis kann man schon vorweg nehmen: Das ist viel zu wenig.

Ich glaube, wir sollten bis 2018 200.000 Plätze in Ganztagschulen vorbereiten, für die, die es wollen. Die daran glauben, die sie das für die bessere Schule und für die besseren Chancen für ihre Kinder auch benötigen. Denn, wenn von mittelfristigen Zielen gesprochen wird – und bei der Bildungspolitik geht es auch um mittelfristige Zielsetzungen –, dass das alles sehr teuer ist, dann kann man immer wieder nur bei John F. Kennedy Anleihe nehmen, der gesagt hat: „Bildung ist sehr teuer, aber das teuerste für ein Land ist keine Bildung.“

Und wenn dann die 75.000 Kinder, die im ersten Regierungsjahr auf die Welt gekommen sind, einmal in die Schule kommen, die dann noch nicht so perfekt ist, aber doch schon besser ist und man sie fragt: „Wie war denn heute die Schule?“ und sie sagen, so wie meine Tochter oft: „Schön war's“ und sie haben etwas geleistet, dass messbar die Verbesserung der Chancen unserer Kinder betrifft, dann ist das das schönste Zeugnis, das für die Zukunft eines Landes, für die Beurteilung einer Politik sein soll.

Das gilt natürlich auch für Universitäten und Hochschulen. Bundesminister Hahn führt einen Dialog in unserem Auftrag mit den Studentinnen und Studenten. Es ist

eindrucksvoll bewiesen worden, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir haben aber auch selbst gewusst, dass wir mehr Studienplätze brauchen, dass wir im europäischen Durchschnitt hier auch bei den Akademikerquoten Nachholbedarf haben.

Wir haben auch sehr genau gewusst, dass wir bei der Schaffung von mehr zusätzlichen Plätzen auf der Universität gewisse Grundregeln brauchen. Das ist nicht die Knock-out-Prüfung am Anfang, wo man eine Chance hat und wenn man ein Pech hat, kann man das nicht mehr studieren. Nein, das sind die Studieneingangsphasen, das ist eine Finanzierung, die sich Richtung Globalbudgets zur Studienplatzfinanzierung bewegt. Aber es ein unbestrittener Handlungsbedarf, der nach diesen spontanen Protestbewegungen manches Mal in der konkreten Forderung noch nicht so genau erkennbar war, aber die gemeinsamen Aufgabenstellungen sind in diesem Dialog zu erarbeiten. Wichtig dabei ist, dass auch hier gilt, nicht die finanziellen Schranken und Barrieren sollen darüber entscheiden, ob jemand studieren kann, es soll die gemeinsame Kraftanstrengung auch hier sein, unter dem Grundsatz weniger soziale Hürden und mehr Chancengleichheit.

Lassen Sie mich aber, um mich vor diesem Thema nicht zu drücken, weil das nicht meine Art ist, einem Thema aus dem Weg zu gehen, die Frage der deutschen Studenten bei uns, kurz ansprechen. Natürlich ist es gut, wenn in Europa Studenten die Möglichkeit haben, überall zu studieren. Das ist eine der Stärken der Europäischen Union und das ist eine der großen Stärken einer Bildungs- und Wissensgesellschaft, dass auch diese Grenzen nicht eng gesehen werden. Wir wissen aber umgekehrt sehr genau, dass wir nicht den Bedarf eines Nachbarlandes, das noch dazu viel größer ist, mit gemeinsamer Sprache, so einfach decken können. Und wenn wir nicht auch den Numerus Clausus einführen – und das wollen wir ja nicht – dann wird immer ein gewisser Unterschied zu den Nachbarn sein. Wenn jemand vor hat, dort auszuweichen, dann kommt er zu uns. Nun weiß ich, dass wir hier eine Regelung mit dem Nachbarn oder europaweite Regelungen brauchen. Und der Vorschlag einer Ausgleichszahlung ist mir auch nicht eingefallen, weil ich eines Tages eine Eingebung hatte, sondern Skandinavien mit einem vergleichbaren Problem, nämlich gemeinsamer Sprache und Möglichkeiten, sich diesem Thema „zukünftige Lösung durch Ausgleichszahlung“ verschrieben hat. Dieselbe Diskussion wird zwischen Belgien und Frankreich geführt, wie zwischen uns und Deutschland. Also eine Lösung muss es geben, die nicht kleinkariert sein soll und irgendwelche Grenzen schließt, sondern die eine langfristige Finanzierung und Möglichkeit der Schaffung von Studienplätzen am besten in ganz Europa gewährleistet.

Ich bin überhaupt davon überzeugt, dass wir auf europäischer Ebene sehr viel von dem bisher Gesagten aktiv betreiben sollten und ich bin stolz darauf, ich darf das in diesem Kreis auch sagen, dass jener Mann, den wir als Kommissar nominiert haben, unseren Dr. Johannes Hahn, dass dieser vorgeschlagen ist für einen Bereich in der Europäischen Union, der von besonderer Bedeutung ist. Es ist der Bereich der Regionalpolitik. Weil die Regionen besondere Bedeutung erlangen werden, was aus all dem Gesagten leicht zusammenzufassen ist. Weil die Infrastruktur maßgeblich über Wirtschaftswachstum und Wirtschaftchancen der Zukunft entscheidet. Und weil der soziale Ausgleich durch Ausbildungsprogramme und Umweltprogramme in genau diesem Portfolio vorhanden sind. Ich würde also sagen, auch ich würde das nächste Mal die Diskussion um den Kommissar etwas anders gestalten.

Aber Ende gut, alles gut. Wir sind mit einem Kommissar vertreten, der für einen sehr wichtigen Bereich vorgeschlagen ist. Lieber Gio Hahn, alles Gute dafür!

Es reiht sich somit nahtlos das Thema Umwelt und Forschung ein, das genauso zusammengehört, wie die anderen Bereiche, die ich noch ansprechen möchte. Es gibt ohne Bildung keine Forschung und ohne Forschung keine neuen Technologien. Und wenn es keine neuen Technologien gäbe, oder wenn die nicht in Europa entwickelt werden, wenn die nicht in Österreich maßgeblich mitentwickelt werden, dann lassen sich viele Fragen der Zukunft, etwa im Umweltbereich, gar nicht lösen. Umweltkatastrophen müssen sich nicht erst Gehör verschaffen durch eine Katastrophe, diese hat man vorher abzuwenden.

Und dazu ist die Forschung und damit die Entwicklung neuer Technologie von besonderer Bedeutung. Neue Technologien, die die Möglichkeit schaffen sollen, dass man mit anderen Treibstoffen und vor allem wesentlich weniger Treibstoff Auto fahren kann, dass neue Motoren entwickelt werden, die uns beim CO₂-Ausstoß nicht nur halbieren, sondern nahezu entlasten, auch im Transportbereich. Die Forschung und Entwicklung hat auch etwas mit Logistik, mit Bahntechnologie zu tun, aber natürlich auch mit realem Angebot der Schiene. Die Infrastrukturministerin weiß, wir müssen 20 Milliarden Euro investieren bis 2020, um auf der Schiene dort zu sein, wo die Schweizer heute schon sind. Weil man soll sich schon auch an jenen, die vor einem liegen, ein Beispiel nehmen. 2020 haben wir dann das gleiche Schienennetz, jeweils alles richtig miteinander verglichen, das gleiche Schienennetz, auch die gleiche Anzahl an Tunnelstrecken, weil wir beide ja in Ländern verantwortlich sind, auf die wir so stolz sind, weil es Länder der Berge sind. Aber diese 20 Milliarden Euro sind oft in Gefahr für 2020, weil manches Mal ist die Tagespolitik so, dass ein Thema ein paar Wochen keine Rolle spielt und dann schon ein bisschen in Vergessenheit gerät. Wir dürfen aber diese Schaffung von Umwelttechnologien, Ausgaben der Forschung, Ausgaben der Infrastruktur, nicht dem tagespolitischen Interesse unterordnen oder gar in politisches Kleingeld wechseln. Dafür ist dies zu wichtig für die Zukunft eines Landes, ob sie, die Politik, gestellte Aufgaben auch erledigen kann.

Warum haben wir beim letzten Ranking, das übrigens vor einem Jahr erstellt wurde, bei der Umweltpolitik schlecht abgeschnitten? Wir haben nicht schlecht abgeschnitten, weil wir beim CO₂-Ausstoß pro Person höher liegen als etwa die deutschen Nachbarn oder andere. Nein, wir haben schlecht abgeschnitten, weil wir uns in der Vergangenheit – gut, da wird einer sagen, wer weiß, ob in eurer Politik immer alles so richtig war, aus der Sicht im Nachhinein -aber man kann es sagen, wir haben uns damals, 1998, zu Zielen verpflichtet, die man als sehr, sehr ambitioniert einstufen kann. Und da schauen wir in einem Ranking, vor einem Jahr ist das gemacht worden, mit den Basisdaten, bis 2013 läuft der Zeitraum der Verpflichtung, nicht so gut aus. Aber warum schauen wir da nicht so gut aus? Weil wir ein Land des Transits sind. Und weil der Verkehr nicht nur deshalb gestiegen ist, wie in ganz Europa, weil Menschen älter werden und länger mit dem Auto fahren, mobiler sind, aktiver sind, mehr unternehmen. Nein, weil der Transport der Güter so zugenommen hat. Der hat einen wesentlichen Anteil, warum wir eine Reduktion von CO₂ mit soviel Kraft und Engagement bis 2013 - was noch möglich ist – und bis 2020 mit einer geordneten Strategie, in die Hand nehmen müssen. Und dazu gehört eben diese Verlagerung des Transports auf die Schiene, dazu gehören Vorschläge der Logistik zur Vermeidung. Weil das ist Vermeidung von CO₂, das heißt, Umwelt aktiv

schützen, das heißt international mitzuwirken an der Verhinderung von Klimakatastrophen.

Der zweite Teil, bei dem wir schlechter sind als andere, da wollen wir nichts ändern. Es werden in den Statistiken immer Atomkraftwerke positiv bewertet. Wir sind aber der Meinung, dass wir eine richtige Entscheidung in Österreich getroffen haben. Und meine Position ist hier ganz klar: Wir brauchen keine Atomkraftwerke in Österreich, wir wollen keine, Ranking hin oder her.

Was wir aber schaffen können, ist eine zusätzliche Unterstützung der Forschung, indem wir gewisse bürokratische Hindernisse oder komplexe Materien vereinfachen, verknapen und auf den Punkt bringen. Und da hat das WIFO, wie schon so oft, Professor Aiginger ist ja hier, einen Vorschlag gemacht, den ich sehr ernsthaft zur Diskussion stellen möchte: Die indirekte Forschungsförderung zu streichen und dafür eine Prämie in der Höhe von 12 Prozent der Forschungsausgaben einzuführen. Das ist direkter, das kommt besser bei jenen an, die noch keine großen Gewinne auszuweisen haben, die vielleicht erst am Anfang stehen, die vielleicht erst in einer Garage beginnen, einen neuen Konzern zu entwickeln. Die, die in einem Land mit Mut, mit Entschlossenheit in Verbindung mit der Wissenschaft sich etwas trauen, die sollen auch wissen, dass wir ihnen hier mit einer konkreten Prämie stärker entgegenkommen können, zusätzlich zu den direkten Forschungsinstrumenten, die es gibt. Weil Forschung über die Zukunft eines Landes maßgeblich entscheidet. Daher ist eine direkte Forschung, ein Wettbewerb der besten Ideen so wesentlich. Nicht nur für die Umwelt. Wir sind etwa in der Krebsforschung eines der führenden Länder, wir haben aber auch in vielen anderen Bereichen etwas vorzuweisen, das nicht entstanden wäre, wenn nicht Bildung, Ausbildung, Forschung und Unterstützung der Forschung ein Grundprinzip in unserem Lande wäre.

Genauso wie wir stolz sind, dass wir die Krise deshalb besser bewältigen, weil wir einerseits so viele engagierte Unternehmen haben und so viele engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weil wir andererseits über soziale Grundsicherheiten verfügen. Dazu gehört Gesundheit und Pflege. Wir könnten, wenn wir einen Teil der Einsparungen im Spitalsbereich realisieren, die der Rechnungshofpräsident mit soviel Akribie und Engagement, ihm ist auch sehr dafür zu danken, immer wieder auf den Tisch legt - und wenn wir eine Milliarde durch eine Transaktionssteuer und den Wegfall von Spekulationsfristen dazulegen, könnten wir mit zwei Milliarden Euro in einem Generationenfonds, 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze in der Pflege, in der Bildung und in den uns wichtigen Bereichen schaffen .

Gerade der Bereich der Pflege ist es, der hinterfragt wird. Daher ist es ja unsere Aufgabe von der Geldleistung zur Sachleistung zu kommen, aber dazu müssen Sachleistungen teilweise erst geschaffen werden. Etwa in der Pflege die mobilen Dienste und die stationären Pflegeeinrichtungen. Wenn man unsere Landkarte ansieht, dann gibt es da viel zu viele weiße Flecken. Die Verlagerung von der Geldleistung zur Dienstleistung kann ja erst funktionieren, wenn auch die Angebote funktionieren. Und dass gerade in der Pflege, einem der wichtigsten Zukunftsberufe in unserem Lande - da wir doch alle so stolz darauf sind, dass die Gesundheitspolitik und vor allem die Forschung und die Mediziner in unserem Land so viel erreicht haben, dass Menschen älter werden - soll doch auch die Möglichkeit bestehen, dass dieses Gesundheitssystem und die Pflege neue Berufe schaffen. Und diese Berufe

finanzieren sich am besten dann, wenn es sich um Sachleistungen und um Arbeitsplätze handelt, die auch wie bei mobilen Pflegediensten, die es ja in manchen Teilen sehr vorbildlich in Österreich gibt, heute schon Zukunftsberufe und Zukunftsbereiche darstellen.

Wir haben 700 Millionen investiert in die Sozialversicherung, weil wir keine Zwei-Klassenmedizin wollen. Weil wir nicht zulassen wollen, dass nur die, die sich etwas leisten können, sich Gesundheit leisten, und die, die nichts haben, sich diese Fortschritte nicht zu eigen machen können, weil sie Angst vor der Arztrechnung haben müssen. Aber wir werden sehr genau auch darauf achten, was aus diesen 1,7 Milliarden Einsparungen, die wir damit vereinbart haben, geworden ist.

Denn eines wissen wir sehr genau: Ohne Effizienz und Kostenbewusstsein lässt sich das alles, was wir so lieben, so gerne haben, was wir aufgebaut haben, was wir von unseren Eltern und Großeltern an Wohlstand und sozialen Sicherheiten übernommen haben, nicht finanzieren.

Und daher ist es auch wichtig, noch einmal zusammenzufassen und zu sagen, etwa die beiden Staatssekretäre, die Finanzstaatssekretäre - ich finde ja besser Reformstaatssekretäre - befinden sich in Arbeitsgruppen in enger Zusammenarbeit mit dem Rechnungshofpräsidenten, dem ich dafür aufrichtig dankbar bin. Und wir - und das ist die Aufgabe jedes Regierungsmitgliedes, da kann keiner sagen, er gehört da nicht dazu - sind dafür verantwortlich, dass wir diese Einsparungspotenziale auch auf den Boden bringen.

Nun weiß ich, es wird mehr übers Sparen geredet, als dann auf den Boden gebracht wird. Aber, nachdem mir ja immer wieder Pragmatismus unterstellt wird, werde ich alle Anstrengungen unternehmen, mit den beiden Staatssekretären aber natürlich mit dem Finanzminister, den anderen Vertretern der Regierung und dem Rechnungshofpräsidenten, diese Größenordnung von drei, dreieinhalb Milliarden Einsparungspotenzial bis Ende dieser Legislaturperiode auch zu erzielen. Sei es an realer Einsparung oder an Effizienzsteigerung.

Dazu gehört aber dann schon auch, dass wir, wenn wir öffentliche Diskussionen führen, auch über ein neues Dienstrecht reden, dass wir dann bei dieser Frage Effizienz und Kostenbewusstsein als gemeinsame Aufgabe verstehen. Denn - "Sparen ist gut, aber beim anderen" - ist eine zwar menschlich gut verständliche Charaktereigenschaft. Aber effizienter ist es, wenn wir sowohl beim neuen Dienstrecht, wo immer es notwendig ist, als auch bei den 3,5 Milliarden Euro aus den konkreten Vorschlägen des Rechnungshofes wie auch bei den 1,8 Milliarden Euro, die die Gebietskrankenkassen und Sozialversicherungsträger einsparen sollen, möglichst viel auf den Punkt bringen. Das braucht eine besondere Kraftanstrengung. Da dürfen wir uns genauso wenig gegeneinander ausspielen lassen.

Und ich möchte damit auch zum Schluss kommen und sagen, wer so stolz ist wie ich, in einem Land leben zu dürfen, mit so viel Wohlstand, weiß, dass es nicht einfach ein Gesetz geben kann, in das man hineinschreibt, in fünfzig Jahren muss das alles so existieren an sozialen Sicherheiten, wie das heute der Fall ist und vielleicht einiges noch besser werden. Nein, das ist eine tägliche Aufgabe, das ist eine harte Aufgabe, das ist eine Aufgabe, die viel Initiative und Engagement verlangt. Aber eine Führungsmannschaft in unserem Land ist nicht für die Gewinnmaximierung

einzelner verantwortlich, sondern für die Chancenmaximierung in der Gesellschaft. Wir werden nicht daran gemessen, wie hoch der Gewinn des einzelnen ist, nein, wir sollen auch gemeinsam, wie wir hier sind, daran gemessen werden, wie viel wir dabei geleistet haben, den Gewinn aller zu erhöhen.

Ich bin sehr froh, Bundeskanzler in einem Land zu sein, in dem die Frage der Beschäftigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht einfach eine kalte statistische Größe ist.

In einem Land zu sein, das so viel Kultur, so viel Identität, so viel Diversität, so viele Unterschiede kennt.

In einem Land zu sein, in dem mit so viel Herz und manchmal auch mit starken Argumenten Entscheidungen getroffen werden.

Ich bin stolz, in einem Land zu leben, von dem ich weiß, dass wir in Europa hohe Anerkennung haben, aufgrund unserer wirtschaftlichen Leistungen, politischen Leistungen und sozialen Leistungen.

Und ich weiß, es ist eine hohe Verantwortung, die wir gemeinsam tragen, die ich als Bundeskanzler übernommen habe, auch für die, die heute hier leben, all diese Interessen wahrzunehmen, genauso wie für die nächste Generation. Für ein Österreich, in dem auch jene zehn Kinder, die wahrscheinlich während dieser Rede geboren wurden, auch ihr Glück finden - und einmal stolz sein können auf dieses Land.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung, alles Gute.